alpMedia Newsletter

Ein Informationsdienst der CIPRA - 12.12.2012, Nr. 12/2012
www.cipra.org/alpmedia

Olympische Anlage in Turin: Die ökonomischen und ökologischen Folgen der Olympischen Spiele tragen die künftigen Generationen.

Nächste Generation trägt Risiko für Olympische Winterspiele

Graubünden will 2022 "nachhaltige" Olympische Winterspiele ausrichten. Während die vielen offenen Fragen zur Kandidatur in der Schweiz für heisse Köpfe sorgen, kommt die Münchner Kandidatur nicht so recht auf Touren. Die Zeit drängt. "Die Bündner Elite redet sich in einen regelrechten Olympiarausch", sagt Stefan Grass, Leiter des Komitees Olympiakritisches Graubünden/CH. Die Bevölkerung lasse sich aber nichts vormachen, auch wenn nur wenige ihre kritische Haltung öffentlich kundtun würden. "Viele werden am 3. März ein Nein in die Urne legen, still und heimlich." Dann stimmen die BünderInnen ab über einen Beitrag von 300 Millionen Franken für Olympische Winterspiele 2022 - ein Drittel des Kantonsvermögens.
Laut einer Umfrage liegen BefürworterInnen und GegnerInnen zurzeit mit je 43 Prozent gleichauf. Allerdings spricht sich eine Mehrheit in Davos-Prättigau, einer der beiden Durchführungsregionen, dagegen aus. Auch die Umweltverbände sind kritisch eingestellt. Viele haben gegenüber dem Bund Stellungnahmen eingereicht, darunter auch CIPRA Schweiz. Geschäftsführer Christian Lüthi: "Es ist illusorisch zu glauben, wir könnten das Internationale Olympische Komitee für nachhaltige Spiele, wie sie von den BefürworterInnen propagiert werden, begeistern."
In Deutschland reden sich die Menschen weder in den Medien noch in den Parlamenten die Köpfe heiss. Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) will vor einer erneuten Bewerbung die Zustimmung der Bevölkerung einholen. Alle politischen Parteien und Ebenen - Gemeinde, Land, Bund - sollen sich erst verbindlich dazu äussern. Abschliessend entscheiden wird der DOSB erst nach den bayerischen Landtagswahlen und der Bundestagswahl im September 2013 sowie nach dem für den 10. November 2013 angekündigten Bürgerentscheid. Die Bewerbung müsste dem Internationalen Olympischen Komitee vier Tage später vorliegen. Weiterhin fehlen finanzielle Zusagen - die im kommenden Wahljahr nur schwerlich zu bekommen sein dürften. Aus politischen Erwägungen sammelt derzeit eine Bürgerbewegung Unterschriften für ein Bürgerbegehren. 6'000 hat sie bis jetzt beisammen, weitere 29'000 fehlen, und die sollen bis am 15. Januar 2013 beisammen sein.
In der Schweiz liegen finanzielle Zusagen vor: Der Bundesrat möchte eine Milliarde Franken an das Gesamtbudget von 4,5 Milliarden beisteuern, das Bündner Parlament hat den Kantonsbeitrag von 300 Millionen, über den das Stimmvolk im März befindet, kürzlich gutgeheissen. Erfahrungsgemäss wird das Budget nicht ausreichen. Und wer kommt dann für das Defizit auf? Bund und Kanton winken ab; dies sei Sache des privatrechtlich organisierten Vereins. Dessen Mitglieder sind unter anderem - Bund, Kanton und Gemeinden. Also die Steuerzahler. Bezahlen wird damit die nächste Generation.
Quelle und weitere Informationen: www.olympia-nein.ch/go/index.php, www.baspo.admin.ch/internet/baspo/de/home, http://nolympia2018.ludwighartmann.de/, www.cipra.org/de/alpmedia/news-de/4705/

Standpunkt der CIPRA

Hochgeschwindigkeitsbahn: Für die Verlagerung des Güter- und Personenverkehrs von der Strasse auf die Schiene darf nicht auf die Fertigstellung von teuren Megaprojekten wie Lyon-Turin gewartet werden.

Italienisch-französisches Gipfeltreffen: rotes Signal für Verkehrsverlagerung

Bei einem Gipfeltreffen letzte Woche zwischen dem italienischen Regierungschef Mario Monti und dem französischen Staatspräsidenten François Hollande ging es um Vieles - ausser um eine rasche und effektive Verkehrsverlagerung von der Strasse auf die Schiene. Gross waren die Erwartungen an das Treffen vom 3. Dezember zwischen Mario Monti und François Hollande. Die beiden Staatsmänner hätten den Bau der Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Lyon und Turin entscheidend voranbringen sollen. In der anschliessenden Medienaussendung des Élysée-Palasts heisst es dann nur knapp, beide Länder hätten ein strategisches Interesse an der Bahnverbindung und eine Vereinbarung unterzeichnet. Die Polizeieinsätze gegen die Demonstranten fanden in den italienischen Medien dann auch mehr Beachtung als die Ergebnisse des Gipfeltreffens.

Die Vereinbarung betrifft nur das Teilstück der neuen Bahnlinie, den 57 Kilometer langen Basistunnel zwischen Saint-Jean-de-Maurienne/F und Susa/I. Wie die Kosten von rund 8,5 Milliarden Euro zwischen den beiden Staaten und der Europäischen Union aufgeteilt werden sollen, wurde nicht gesagt. Insgesamt soll die Bahnlinie rund 25 Milliarden Euro teuer werden. Die Europäische Union soll 40 Prozent der Kosten übernehmen. Rom und Paris müssen Brüssel dazu erst noch überzeugen. Indes konnte sich im Susa-Tal kein Priester finden, der die Baustelle segnen wollte.
Die CIPRA fordert seit Jahren, dass für eine Verkehrsverlagerung nicht auf die Fertigstellung von teuren Megaprojekten wie Lyon-Turin oder Brennerbasistunnel gewartet werden darf. Stattdessen muss die bestehende Infrastruktur modernisiert, das Angebot für den Güter- und Personentransport verbessert werden. Ausserdem braucht es funktionierende Steuerungsinstrumente wie eine Alpentransitbörse und politische Rahmenbedingungen, damit die tatsächlichen Kosten des Verkehrs auch abgerechnet werden. Nur so wird die Schiene auch tatsächlich der Strasse vorgezogen und kann wirtschaftlich betrieben werden.
Das italienisch-französische Gipfeltreffen hat für eine nachhaltige Verkehrspolitik in den Alpen nichts beigetragen. Im Gegenteil: Regierungschef Monti und Staatspräsident Hollande haben beschlossen, die Sicherheitsröhre des grenzüberschreitenden Fréjus-Strassentunnels für den regulären Strassenverkehr zu öffnen. Die Kapazitäten des Tunnels werden verdoppelt, die Attraktivität der Schiene alles andere als erhöht.
Quelle und weitere Informationen: www.cipra.org/fr/presse (fr/it), www.elysee.fr/president/les-actualites (fr), http://torino.repubblica.it/cronaca/2012/12/03/news (it), http://torino.repubblica.it/cronaca/2012/12/01/news (it), www.nzz.ch/aktuell/international

Neues von der Cipra

Alpine Power überwindet Grenzen: Oscar del Barba, Präsident von CIPRA Italien, und Alain Boulogne, Amtskollege aus Frankreich.

"Es macht Spass, Teil der CIPRA-Familie zu sein"

Die CIPRA beging ihr diesjähriges 60-Jahre-Jubiläum gemeinsam mit zahlreichen Weggefährten. Der Blick zurück stärkte gleichzeitig die gemeinsame Zukunft. Vor 60 Jahren, als die CIPRA kurz nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet wurde, war die Sicht auf die Welt eine andere als heute. Unverändert aber gilt: Wer zusammenarbeitet, kommt schneller voran. Die CIPRA nutzte das Jubiläumsjahr, um Menschen unterschiedlicher Kulturen und verschiedener Sprache zusammenzubringen, die eins verbindet: ihr Engagement für ein Leben in den Alpen.
Zahlreiche Weggefährten schlossen sich der Alpine Power an, einer Wander- und Radtour mit mehreren Etappen quer durch die Alpen. Sie gingen ein Stück des Weges zusammen, besuchten Menschen und Projekte vor Ort, die im Sinne der nachhaltigen Entwicklung tätig sind, feierten mit den nationalen Vertretungen in den Alpenländern und stärkten so das Netzwerk für die Zukunft.
Mit unterwegs waren ein Smartphone und ein Wandertagebuch. "30. August - Es ist Zeit aufzubrechen und den Neuschnee zu geniessen", kommentiert ein Teilnehmer erfreut auf der CIPRA-Facebook-Seite über einen plötzlichen Schneeeinbruch im Sommer. Online verfügbar ist nun auch das Wandertagebuch. Mit Alpen Power ist die CIPRA gewachsen, innerlich und äusserlich. Eine Teilnehmerin dazu: "Es macht Spass Teil der grossen CIPRA-Familie zu sein."
Quellen und weitere Informationen: www.cipra.org/de/60-jahre/alpine-power-1, www.facebook.com/CIPRA.org

Neues aus den Alpen

Neuer Generalsekretär für die Alpenkonvention

Das Ständige Sekretariat der Alpenkonvention bekommt einen neuen Chef. Im März 2013 wird Markus Reiterer, Diplomat, Alpenkenner und Österreicher den bisherigen Generalsekretär Marco Onida ablösen.

Die Ernennung des neuen Generalsekretärs der Alpenkonvention war langwierig. Vor mehr als einem Jahr wurde die Stelle erstmals ausgeschrieben. Anfang September hätte dann die XII. Alpenkonferenz in Poschiavo den neuen Generalsekretär der Alpenkonvention ernennen sollen. Doch die Alpenstaaten konnten sich auf keinen Kandidaten verständigen, suchten weiter. Jetzt kam die Einigung zustande: Der Österreicher Markus A. Reiterer ist als Generalsekretär des Ständigen Sekretariats der Alpenkonvention ernannt und wird voraussichtlich im März 2013 auf den Italiener Marco Onida folgen. Onida leitete seit 2006 die Geschicke des Sekretariats.

Der 46-jährige Markus A. Reiterer ist mit der Alpenkonvention gut vertraut: Bis 2004 war er im österreichischen Aussenministerium für den Staatsvertrag zur nachhaltigen Entwicklung der Alpen zuständig. Der designierte Generalsekretär arbeitete beim Aufbau des Ständigen Sekretariats und bei der Einrichtung des Überprüfungsmechanismus mit, ein Verfahren, das die Staaten zur Einhaltung der Alpenkonvention und ihrer Protokolle bewegen soll. Das ist, neben der Motivation der Alpenstaaten zur Durchführung von konkreten Projekten zur Umsetzung der Alpenkonvention, eine der wichtigsten Aufgaben des Generalsekretärs.
"Mir ist es wichtig, einen Beitrag zu leisten zu mehr Verständnis und Wertschätzung für den Natur- und Kulturraum, für das Leben und Wirtschaften in den Alpen, für deren nachhaltige Entwicklung", so Reiterer. Der designierte Generalsekretär möchte "teambildend" wirken für die Zusammenarbeit und Solidarität von Ständigem Sekretariat, Vertragsstaaten und Beobachter-Organisationen.
Im Ständigen Sekretariat werden noch weitere Stellen neu besetzt: Gesucht werden ein stellvertretender Generalsekretär und ein Leiter für Rechtsangelegenheiten.
Quelle: CIPRA International

Liechtenstein ist Europas erstes Energieland

Liechtensteins Gemeinden tragen jetzt alle den European Energy Award. Die Auszeichnung zum ersten Energieland Europas ist ein Grund zum Feiern - und eine Aufforderung für eine schlagkräftige Klimapolitik.

Alle elf Gemeinden sind seit November mit dem Label "Energiestadt" zertifiziert, die Schweizer Variante des European Energy Awards. Damit wird ganz Liechtenstein zum "Energieland", noch vor der Schweiz, in der am zweitmeisten Menschen, nämlich 50 Prozent, in Energiestädten leben.
Damit Gemeinden den European Energy Award bekommen, müssen sie in sechs Kategorien von Energieeffizienz-Massnahmen Punkte sammeln. Alle vier Jahre wird die Zertifizierung überprüft und anspruchsvoller: Während eine teilweise Abschaltung der Strassenbeleuchtung noch recht einfach ist, ist die Motivation der Bevölkerung auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen schwieriger. Und hier liegt die Chance für das Energieland Liechtenstein, so Andrea Matt von der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umwelt. Die Gemeinden würden sich jetzt gegenseitig motivieren, auch wenn die Anforderungen an sie zunehmen. "Sie stehen zudem im Wettbewerb zueinander, wer die meisten Punkte und damit am schnellsten die höchste Auszeichnung, den European Energy Award in Gold, bekommt."
Dass Liechtensteins Gemeinden in Sachen Klimaschutz an einem Strick ziehen, ist auch dringend notwendig: Das Land will bis 2020 ein Fünftel weniger Treibhausgase ausstossen. Damit das gelingt, muss jeder Liechtensteiner 1,4 Tonnen Kohlendioxid einsparen oder anders gesagt, 10'000 Kilometer mit dem Rad anstelle mit dem Auto fahren. Zum Vergleich: Ein Schweizer radelt für dasselbe Ziel nur 5'000 Kilometer.
Quellen und weitere Informationen: Liechtensteinische Gesellschaft für Umwelt; Volksblatt vom 28.11.2012, S. 3

Alpines Wettrüsten: Sehnsucht nach Spiel und Spass

Die höchste Hängebrücke Europas eröffnet in der Schweiz, ein österreichischer Gipfel bekommt ein vierarmiges begehbares Kreuz - unglaubliche Erlebnisse in den Alpen.

Der Tourismus in vielen alpinen Skiorten leidet an sinkenden Übernachtungszahlen und Schneemangel. Zum Beispiel in St. Jakob in Haus in der Nähe von Kitzbühel/A. Dort hat eben die grosse Mehrheit der 770 Bewohner in einer Bürgerbefragung zugestimmt eine Holzkonstruktion zu bauen, die Touristen zu jeder Jahreszeit anlocken soll: eine 36 Meter hohe begehbare Skulptur für 1,5 Millionen Euro. Die Arme des Kreuzes sollen eine Spannweite von 19 Metern haben.
Ähnlich wie dieses gigantische Jakobskreuz hat auch die kürzlich eröffnete Hängeseilbrücke am Titlis/CH auf über 3'000 Meter wenig mit sanftem Tourismus zu tun. "Der heutige Gast sucht Unterhaltung, Spass und Abenteuer. Die neue Hängeseilbrücke ist eine tolle Ergänzung zu bestehenden Angeboten auf dem Titlis wie Gletscherpark, Gletschergrotte, Uhrenshop sowie zahlreichen Restaurants", so die Bergbahnen Engelberg-Gerschnialp über die 1,1 Millionen Euro teure Brücke. Damit würden dem Gast die Alpen näher gebracht und ihm eindrücklich die Tiefe, Weite und Mächtigkeit der Berge gezeigt.
Dieses Wettrüsten der Tourismusorte und die Sehnsucht der Gäste nach Spiel und Spass zeigt zurzeit das Alpine Museum in Bern mit der Fotoausstellung "Intensivstationen" von Lois Hechenblaikner. Das wird nicht in allen Ferienregionen gern gesehen, zum Beispiel in Südtirol. Dort will vorerst kein Museum die Ausstellung zeigen.
Quelle und weitere Informationen: www.cipra.org/de/alpmedia/publikationen/3870, www.sueddeutsche.de/reise , http://viaggi.repubblica.it/articolo (it), www.zentralbahn.ch/sites/default/files, www.ff-online.com/ausgaben/41-279

Aus für gigantischen Windpark Brenner

Es hätte der höchstgelegene Windpark in den Alpen sein sollen. Jetzt hebt ein Gericht die Baugenehmigung für die Windmühlen am Sattelberg auf - und beruft sich in seiner Begründung auch auf die Alpenkonvention.

Auf über 2'000 Meter hätten sie gestanden, die 19 Turbinen des Windparks am Sattelberg/I. Die Südtiroler Landesregierung hatte das Projekt bewilligt, trotz breiter Ablehnung: Das Gutachten des Umweltbeirates war negativ

ebenso wie die Stellungnahme der Tiroler Landesregierung. Der Dachverband der Alpenvereine, Club Arc Alpin, hatte sogar den Überprüfungsausschuss der Alpenkonvention eingeschaltet, in dem Vertreter aller Alpenstaaten über etwaige Verstösse gegen den internationalen Vertrag befinden.
Jetzt hat das Verwaltungsgericht in Bozen den Rekurs von mehreren Umweltverbänden angenommen und die Genehmigung für den Windpark aufgehoben. Grund dafür ist, dass Südtirols Berge über 1'600 Meter unter Landschaftsschutz stehen. Begründung ist aber auch die Alpenkonvention: Bei Projekten mit grenzüberschreitenden Auswirkungen auf die Umwelt sind "die Stellungnahmen der Vertragsstaaten im Rahmen des Genehmigungsverfahren ‚angemessen zu berücksichtigen'". Diese Berücksichtigung habe nur sehr beschränkt und mit diskutablen Aussagen stattgefunden, heisst es weiter im Entscheid.
Quelle und weitere Informationen: www.umwelt.bz.it/presse, http://unsersattelberg.files.wordpress.com/2012/11

50 Jahre Naturparks in Österreich

Sie sollen typische Kulturlandschaften bewahren und ein Modell für eine nachhaltige Regionalentwicklung sein: Naturparks. In Österreich feiern sie jetzt ihr 50. Jubiläum.

Ein halbes Jahrhundert ist es her, dass in Sparbach bei Wien der erste Naturpark Österreichs gegründet wurde. Heute gibt es 48 solcher Schutzgebiete mit einer Gesamtfläche von rund 5'000 Quadratkilometern, knapp zwei Drittel davon in den Alpen. Im Vergleich: Die Schweiz hat den ersten von heute 14 Naturparks erst 2008 eingerichtet. Der Anteil der Schutzgebiete an der Gesamtfläche der Schweiz ist aber grösser als in Österreich.
Österreichs Naturparks haben sich vier Ziele gesetzt: Schutz, Erholung, Bildung und Regionalentwicklung. Dazu gehören der Erhalt charakteristischer Kulturlandschaften durch eine naturverträgliche, extensive Land- und Forstwirtschaft. Eine wichtige Rolle spielt auch der sanfte Tourismus: Jedes Jahr besuchen rund 20 Millionen Menschen die österreichischen Naturparks. Und die nächsten 50 Jahre? Geht es nach dem Verband der Naturparke Österreichs, soll es eine verstärkte Kooperation mit dem Tourismus und einen Ausbau der sanften Mobilität geben. Auf der Agenda stehen auch die Errichtung von Managementstrukturen und der Ausbau der Umweltbildung in den Naturpark-Schulen.
Quelle und weitere Informationen: www.naturparke.at/de/VNOe/50_Jahre

Slowenen wollen grüne Strategie

Slowenien soll demnächst eine Entwicklungsstrategie für die kommenden sieben Jahre bekommen. Gelingt dem Land damit der grüne Durchbruch?

Geht es nach der slowenischen Regierung, soll die Strategie für die Entwicklung des Landes von 2014 bis 2020 bereits im Januar des kommenden Jahres verabschieden werden. Damit diese Strategie auch möglichst nachhaltige Massnahmen enthält, hat die Plattform "Tretji ¢len" eine Petition "für den grünen Durchbruch" gestartet. Die Plattform selbst nennt sich "Artikel 3" und bezieht sich auf jenen Teil der Verfassung Sloweniens, in dem es heisst, die Macht gehe vom Volk aus. Die Initiative stösst auch auf breite gesellschaftliche Unterstützung: Mehr als 200 Unternehmen, Organisationen aus Wirtschaft und Jugendpolitik, sowie Einzelpersonen wie etwa die slowenische Musiklegende Vlado Kreslin, haben die Petition bereits unterschrieben.
"Für den grünen Durchbruch" fordert unter anderem, dass Slowenien unabhängig von Nahrungsmittel- und Ölimporten wird, seine natürlichen und erneuerbaren Ressourcen stärker nutzt, insbesondere den Rohstoff Holz. Ausserdem sollen konkrete Massnahmen im Bereich der energetischen Gebäudesanierung sowie der nachhaltigen Mobiliät und im sanften Tourismus gesetzt werden.
Quellen und weitere Informationen: www.tretjiclen.si/slo/zrp/ (sl),
www.s12.si/druzba/kam-gremo (sl), www.mgrt.gov.si/nc/si/medijsko_sredisce (sl)

Aosta lehnt Müllofen ab

Die Mehrheit der Menschen im Aostatal will keine Müllverbrennungsanlage. Das ist das Ergebnis eines Referendums, das die Landesregierung eigentlich verhindern wollte.

Die Region Aosta muss ihre Müllpolitik jetzt ändern. Am 18. November haben die Wahlberechtigen mit über 94 Prozent den Bau eines Verbrennungsofens abgelehnt. Die UnterstützerInnen des Referendums und UmweltschützerInnen wollen vielmehr, dass der Abfall dem Verfahren der Kälte-Behandlung unterzogen wird, vor allem aber der Müll ganz gezielt getrennt wird.
Der Ausgang des Referendums hat überrascht: Im Aostatal muss die Wahlbeteiligung bei mindestens 45 Prozent liegen, damit ein Referendum gültig ist. Die Landesregierung und die Mehrheitsparteien hatten zuvor die Bevölkerung aufgerufen nicht wählen zu gehen.
Dass eine gut organisierte Mülltrennung auch in touristischen Alpenregionen gut funktioniert, beweist die Provinz Trient. Laut neuesten Angaben wurden im Trentino 71 Prozent der Abfälle in den jeweiligen Haushalten getrennt, vor die Haustür gebracht und dort von der Gemeinde eingesammelt. Im Fleimstal sind es sogar 85 Prozent.
Quelle und weitere Informationen: www.ilsole24ore.com/art/notizie/2012-11-19 (it),
www.uffstampa.provincia.tn.it/csw/archidoc (it)

Agenda

Ausstellung: **"Menschen, Berggebiete, Berglandwirtschaft - unsere Sicht der Welt".** 13.12.2012 – 13.12.2012. Wien. Sprachen: de. Veranstalter: Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Wien/AT. Mehr »

Constructive Alps. 8.1.2013 – 19.2.2013. alpenweit. Sprachen: de, fr, it, sl. Veranstalter: Bundesamt für Raumentwicklung ARE, Ittingen/CH. Mehr »

Tagung / Kongress, Workshop / Seminar, Exkursion: **IT13.rail: A New Railway Age.** 17.1.2013 – 19.1.2013. Zürich. Sprachen: de, en, fr. Veranstalter: ETH Institut für Verkehrsplanung und Transportsysteme (IVT), HIL F 31.3, Zürich/CH. Mehr »

Tagung / Kongress: **Klima-regional-Konferenz 2013 – Klima von unten.** 31.1.2013 – 1.2.2013. München. Sprachen: de. Veranstalter: Wissenschaftszentrum Umwelt WZU, Universität Augsburg, Augsburg/DE. Mehr »

Pro Natura Tagung «Dichter bauen, schöner wohnen – ein Widerspruch?». 31.1.2013. Sursee. Sprachen: de, fr. Veranstalter: Pro NaturaCH. Mehr »

Oh!...

… dass Fische fliegen können, ist bekannt. Dass sie aber in Schwärmen Heliskiing betreiben, ist doch eine alpine Besonderheit. Im italienischen Valsesia hatten Anbieter von Heliskiing ihre Fluggeräte für eineinhalb Stunden zur Verfügung gestellt, damit Jungfische ganz unkompliziert in die Gewässer zwischen Alagna und Riva Valdobbia und in Seen und Flüsse, die sogar über den beiden Ferienorten liegen, eingesetzt werden konnten. Ganze 40 Kilogramm kleiner Forellen wurden so ins Hochgebirge umgesiedelt. Der Vizebürgermeister des Bergdörfchens Alagna an der Südseite des Monte-Rosa-Massivs sagte anschliessend ganz entzückt gegenüber der Presse, diese Aktion zeige, Heliskiing wäre für die Region etwas Gutes. Und er stellte auch fest, dass dieses Skierlebnis für die besonderen Gäste keine Unfälle verursache und dem Tourismus nicht schade. Gedacht hatte er dabei wohl an die gut betuchten Skifahrer, weniger an die fliegenden Fische.
Quelle und weitere Informationen: La Stampa, 21.10.2012

Fotonachweise: Francesco Pastorelli, atropo8 / flickr.com, CIPRA